

Eine abenteuerliche Vorstellung – Zur NaO/NAO-Bilanz der Gruppe Arbeitermacht (GAM)

An den beiden NaO/NAO¹-Bilanz-Texten² der Gruppe Arbeitermacht zeigt sich auf welch abenteuerlichem, gleichermaßen voluntaristischem wie subjektivistischem Konzept deren Politik beruht: Damit es der Linken besser gehe, müsse sie so werden wie die GAM selbst. Dies sagt eine Gruppe, die seit Anfang/Mitte der 1980er existiert, bundesweit ein paar Dutzend Mitglieder und auch zusammen mit ihrer Jugendorganisation Revolution auf nicht mehr als 100 Mitglieder kommen dürfte. Dies dürfte auch *keine momentane* Schwäche dieser Gruppe sein, sondern schon *mehr* an Stärke als in vielen Jahren ihrer Existenz davor.

Lesen wir nun ihr Statement zum Ende der NAO – der Neuen antikapitalistischen Organisation, die von Anfang 2014 bis Anfang 2016 existierte. In ihm sind die Rollen eindeutig verteilt; die GAM selbst ist der Maßstab für *wirklich* „links“ bzw. „revolutionär“ und mit anderen Linken lohnt es sich nur dann zu reden, wenn sie sich „nach links“, also auf die GAM zu bewegen; das vielleicht auch bei der GAM ein paar Lockerungsübungen nötig wären, ist von vornherein außerhalb des politischen Horizonts.

„Die SIB, deren Kern aus der Tradition der Vierten Internationale kam, bewegte sich eindeutig nach links. Das traf teilweise auch auf den RSB zu.“

„Innere Krisenhaftigkeit war letztlich ein Kennzeichen aller Gruppen im NaO-Prozess außer der GAM und später REVOLUTION. [...]. Innere Krisen – letztlich selbst das Resultat objektiver Entwicklungen – bedeuten, dass Teile von ihnen nach links gehen wie auch diese Organisationen politisch in Fluss geraten. Das schafft die **Bedingungen** dafür, **dass sich RevolutionärInnen** auf solche Prozesse positiv beziehen können, ja es schafft die Voraussetzungen, dass sich RevolutionärInnen an solchen Prozessen aktiv beteiligen müssen. So boten sich über die NaO einige Möglichkeiten wie die zur Verbreitung³ des Kreises (inklusive von politisch erfahrenen Kadern), den **unsere Positionen** erreichen, wie zur Intervention in einen möglichen Aufbau- und Zerfallsprozess zugleich und zur Sammlung einiger wichtiger Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit eingefleischten ZentristInnen für uns und unsere internationale Strömung.“ (meine Hv.)

Diese Gleichsetzung von „RevolutionärInnen“ mit sich selbst (= „unsere Positionen“) und die Klassifizierung der anderen als „eingefleischte ZentristInnen“ ist eine ganz andere Haltung, als die der vormaligen Arbeitsgruppe Marxismus (heute: Revolutionär Sozialistische Organisation [RSO]), die in dem – den NaO-Prozeß eröffnenden – „Na endlich“-Papier zustimmend zitiert wurde:

1 (Eine) „Neue antikapitalistische Organisation“ (NaO) war der *Arbeitstitel* für ein noch namenloses ‚Kind‘. Über entsprechende Gebärfantasien tauschten sich von März 2011 bis Sept. 2013 vor allem männliche Angehörige einiger subjektiv-revolutionärer linker Gruppen in der BRD aus. Einige von diesen gründeten dann im Feb. 2014 tatsächlich eine Neue Antikapitalistische Organisation Berlin (NAO Berlin) – nunmehr ein Eigenname. Zwei Jahre später wurde sie dann schon wieder aufgelöst. Vgl. <http://arschhoch.blogspot.de/>, <http://naoprozessdoku.blogspot.eu> und <http://www.trend.infopartisan.net/antikap-archiv2011.html>.

2 <http://arbeitermacht.de/rm/rm48/naobilanz.htm> und <http://arbeitermacht.de/rm/rm48/naoendbetrachtung.htm>.

3 gemeint wohl: „Verbreiterung“.

„Wir haben aber auch nicht den ebenso größtenwahnsinnigen wie lächerlichen Anspruch mancher Gruppierungen, daß alle anderen Revisionist/inn/en, Zentrist/inn/en oder ähnliches seien. Wir sehen uns vielmehr als Teil des **Spektrums subjektiver Revolutionär/inn/en** (Hervorhebung durch die Autoren [des „Na endlich“-Papiers]), die nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, eine revolutionäre Organisation zum Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft aufzubauen“ („10 Jahre AGM“, August 2004 zit. n. http://naoprozessdoku.blogspot.eu/files/2016/07/pruetz_neue_antikap_0311.pdf, S. 4)

Aber kommen wir zurück zur NAO-Bilanz der Gruppe Arbeitermacht:

„Dass die NaO wieder zerfallen ist, auch wenn wir, was für eine kleine kämpfende Propagandagruppe nicht unwichtig ist, einige Kader näher an uns ziehen konnten, spricht nicht gegen diese Taktik. [...] die Chance des Scheiterns [ist] bei jedem Umgruppierungsprozess größer als die seines Gelingens, wie auch die Erfahrung der trotzlistischen Bewegung in den 30er Jahren zeigt.“

Und wiederum bleibt etwas von vornherein außerhalb des Horizonts – nämlich, daß das von der GAM Beschriebene keine objektive Gesetzmäßigkeit ist, sondern gerade einen *subjektiven Mangel* von trotzlistischen, aber auch anderen linken Gruppen mit revolutionärem Anspruch ausmachen könnte.

Positionsvergleich statt Argumente

Dieser Vorab-Gewißheit, daß allein die GAM richtig liege und alle anderen falsch, entspricht dann auch die Methode bzw. der Stil des Textes; es findet keine Kritik der konkurrierenden Positionen, die es im NaO-Prozeß und in der NAO gab, statt. Vielmehr beschränkt sich der Text – trotz seiner Länge – weitgehend auf einen Positionsvergleich. Der Text folgt fast durchgängig dem Schema: Nennung der Position der GAM – Feststellung, daß es andere gab, die anderer Auffassung waren; und dann findet aber nahezu überhaupt keine Auseinandersetzung mit den vorgebrachten Argumenten statt. Vielmehr werden diejenigen, die abweichende Positionen vertreten, ihre abweichenden Positionen als bloße Verstocktheit bzw. Passivität⁴ oder Zauderei⁵ ausgelegt, während allein die GAM aktiv gewesen sei und Vorschläge gemacht habe. – Wie schön einfach die Welt doch sein kann.

„Die Lösung dieses Dilemmas besteht darin, taktische Flexibilität, Offenheit gegenüber Neuformierungsprozessen – also im Grunde nichts anderes als Offenheit gegenüber anderen Teilen der Arbeiterbewegung – mit Prinzipienfestigkeit, mit dem Kampf für **das eigene, revolutionäre** Programm zu verbinden.“

(<http://www.arbeitermacht.de/ni/ni181/umgruppierungsprozesse.htm>; wiederholt in: <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm48/naobilanz.htm> – meine Hv.)

- ‚Taktische Flexibilität gepaart mit Prinzipienfestigkeit‘ – welche würden diesen Leerformeln nicht zustimmen?!

⁴ „Passivität seitens isl und RSB“.

⁵ „schwankenden und zaudernden Elementen“.

- Und dann aber wieder die schon bekannte *Gleichsetzung von „eigenen“ und „revolutionären“* („das eigene, revolutionäre Programm“). Mir scheint demgegenüber, daß Umgruppierungsprozesse nur *dann* erfolgreich sein können, wenn sich alle Beteiligten nicht nur ihrer Stärken, sondern auch ihrer *Schwächen* bewußt sind – und „Annäherung“ also nicht als Einbahnstraße konzeptioniert wird, sondern vielmehr auf *gleicher Augenhöhe* stattfindet.

Diejenigen, die meinen, die revolutionäre Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben, können für Umgruppierungsprozesse nur schädlich sein⁶, und dürften sich auch selbst nicht viel vergeben, wenn sie sich darauf beschränken, solche Prozesse von außen zu kommentieren. Eine Massenorganisation ist die GAM ja auch durch die NAO nicht geworden...

Der ‚Dynamik-Verlust‘ des NaO-Prozesses

Die GAM ist sich nicht einmal für folgende Geschichtsklitterung zu schade:

„Etliche der Kleinstgruppen (insb. IBT, InterKom, Paeris, aber auch Einzelpersonen um DGS in der SIB) verband dabei hauptsächlich eines: die Vorstellung, dass zuerst alle Streitpunkte zwischen den unterschiedlichen Organisationen beseitigt werden müssen, bis es zu gemeinsamen Interventionen nach außen kommen könnte. Dieser Prozess beschränkte sich weitgehend auf endlose Debatten über die oben erwähnten ‚5 unverhandelbaren Punkte‘ und etwaige Ergänzungen im NaO-Diskussionsblog, oftmals Essentials genannt. Dies nahm dem Prozess stark die äußere Dynamik, da es sich hierbei vielmehr um einen Debattierclub handelte, der sich erst als ‚fertiges revolutionäres Projekt‘ nach außen wagen konnte. Hierbei muss angemerkt werden, dass die MI sich stetig für die Notwendigkeit der Aktionseinheit aussprach, jedoch keine eigene Dynamik entwickelte dies umzusetzen und die IBT stetig die schiere Unmöglichkeit betonte, eine gemeinsame Programmatik zu entwickeln.“ (<http://arbeitermacht.de/rm/rm48/naobilanz.htm>)

1. Dem NaO-Prozeß die Dynamik genommen hat nicht die Essential-Diskussion, sondern das Dazwischenpreschen mit der Manifest-Diskussion und völlig unausgegorenen Kongreß- und Organisationsgründungs-Ideen (Ideen für einen Kongreß, der dann aber auch zu NAO-Zeiten nie realisiert wurden) und der *Austausch des Zieles* des NaO-Prozesses (nunmehr: kurzfristige Gründung einer „breiten“ NaO – statt [wie ursprünglich vorgesehen]: perspektivische Gründung einer revolutionären NaO).

Beschränken wir uns auf die letzten Schritte der Chronologie:

- Bereits zum bundesweiten NaO-Prozeß-Treffen am 12.01.2013 lag ein – auch vom GAM-Vertreter in der Essential-AG *konsentierter* (!) – Entwurf (wenn auch kurzfristig) vor. Wäre die Zeit bei dem Treffen nicht mit Anderem vertan worden, hätte es schon bei diesem Treffen ein erstes Feedback zum Ergebnis der Essential-Arbeitsgruppe geben können.

⁶ Würde ich meinerseits beanspruchen, ‚alles‘ zu wissen, so würde ich (bei Übereinstimmung vielleicht mit Gen. system-crash zusammen) ein ‚volles‘ Programm schreiben und versuchen, eine neue Organisation aus dem Boden zu stampfen – und mich nicht auf Einwürfe beschränken, mit denen ich versuche, mich Überzeugendes und mich Nicht-Überzeugendes an Positionen von anderen auseinanderzusortieren und ab und an ein paar eigene Ideen beizusteuern.

- Immerhin unterbreiteten SIB und RSB Potsdam im Laufe des Februar und März konkrete Änderungsvorschläge.⁷ Von der Sozialistischen Kooperation (SoKo), die sich nur anfangs an der Essential-AG beteiligt hatte, sowie von der internationalen sozialistischen linken (isl) und der Revolutionären Initiative Ruhrgebiet (RIR), die sich gar nicht an der AG beteiligt hatten, gingen keine Änderungsvorschläge ein. Von Inter-Komm, [paeris] und IBT konnte aufgrund der Äußerungen deren VertreterInnen in der AG von Billigung ausgegangen werden.
- Beim nächsten bundesweiten Treffen am 21. April kam es dann wiederum zu *keiner* Diskussion über die Essentials, weil die Manifest- und NaO-Schnellgründungs-BefürworterInnen über ihr nämliches Doppel-Anliegen diskutiert wissen wollten, obwohl eh absehbar war, daß sich darüber keine Einigung erzielen läßt. Immerhin wurde bei dem Treffen vereinbart: „Der Entwurf der vorläufigen Essentials soll von der Essential-AG zeitnah fertiggestellt werden. – Der RSB teilt mit, daß er den vorliegenden Entwurf Anfang Mai beraten wird.“
- Da bis zum 2. Mai 2013 keine weiteren Änderungswünsche eingingen, arbeiteten Tobi (GAM), Georg (RSB) und Georgia (Ex-SIB) am selben Tage die Änderungsvorschläge von SIB und RSB Potsdam in den vorliegenden Entwurf ein und verschickten ihn, sodaß der aktuellste Stand für die Beratungen des (Gesamt-)RSB zur Verfügung stand.
- Danach gab es keine weiteren Änderungswünsche mehr; der entsprechende Entwurf hätte spätestens beim nächsten bundesweiten Treffen oder schon vorher im e-mail-Verfahren beschlossen werden können, was aber nie erfolgte. Letzteres war freilich kein Wunder, enthielt der AG-Konsens doch zwei unüberwindliche Hürden für die SchnellgründerInnen einer „breiten“ NAO:

„Das Ziel des NAO-Prozesses ist die Herausbildung einer **revolutionär-antikapitalistischen Organisation**. Daher wünschen wir uns, dass zum NAO-Prozess noch möglichst viele weitere Gruppen und Einzelpersonen dazu kommen, die dieses Ziel und die hier formulierten Essentials teilen. Außer diese Verbreiterung ist eine Vertiefung der Zusammenarbeit durch weitere programmatische und theoretische Annäherung und Einigung, sowie die Entfaltung gemeinsamer politischer Praxis anzustreben. Als nächste Schritte streben wir eine Weiterentwicklung dieser Essentials und die Verabschiedung eines programmatischen Manifestes an, um auf der Grundlage dieser programmatischen Annäherung ein verbindliches und **stabiles Bündnis revolutionärer Organisationen** zu bilden. In einer weiteren Phase könnte eine gemeinsame Organisation mit der Möglichkeit individueller Mitgliedschaften entstehen.“ (<http://theoriealspraxis.blogspot.de/2014/02/17/worueber-sich-revolutionaerinnen-heute-einig-sein-koennten/> – meine Hv.)

⁷ Außerdem legte Dieter Elken (Marxistische Initiative) eine [Fundamental-Kritik](#) an einem [vorhergehenden Arbeitsstand der Essential-AG vor](#). Diese Fundamental-Kritik spielte aber für die weitere Diskussion keine Rolle, da Dieter Elken auf eine Antwort auf seine Kritik nicht erwiderte sowie die MI ohnehin weder vollbeteiligte noch beobachtende Teilnehmerin des NaO-Prozesses war und auch an keinem der bundesweiten Treffen zum NaO-Prozeß teilnahm.

Die Antwort auf Dieter Elken wurde seinerzeit nur über die bundesweite mailing-Liste zum NaO-Prozeß verbreitet. Sie wird im Anhang zum hiesigen Papier erstmals der vielleicht interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Denn eine „revolutionär-antikapitalistische Organisation“ ist etwas *anderes* als eine Organisationen, in der sowohl RevolutionärInnen als auch AntikapitalistInnen, die *keine* RevolutionärInnen sind (ja, sich nicht einmal als solche verstehen), mitarbeiten können; und ein „Bündnis revolutionärer Organisationen“ als Zwischenschritt ist etwas anderes als eine Schnellgründung.

2. Von wegen: „die Vorstellung, dass zuerst alle Streitpunkte zwischen den unterschiedlichen Organisationen beseitigt werden müssen, bis es zu gemeinsamen Interventionen nach außen kommen könnte“ / „Debattierclub, der sich erst als ‚fertiges revolutionäres Projekt‘ nach außen wagen konnte“:

Vielmehr gab es bereits 2011 / Anfang 2012, vor Dazukommen der GAM punktuelle gemeinsame politische Praxis⁸; so auch nach Dazukommen der GAM (z.B. die [Griechenland](#)- und [N 14](#)-Flugis des NaO-Prozesses). Freilich bestand der Vorschlag von InterKomm, [paeris] und IBT darin, auch in Zukunft realistisch an die gemeinsame politische Praxis heranzugehen, d.h.: diese auf das zu beschränken, was inhaltlich Konsens und von den Arbeitskapazitäten her möglich ist.⁹

Beide Kriterien nicht eingehalten haben zu haben, sprengte später die NAO – an der sich IBT, InterKomm und [paeris] wohlweislich schon nicht mehr beteiligten:

Öffentliche Erklärungen wurden – durch schlichten Mehrheitsbeschluß – gerade zu Themen abgegeben, über die *kein* Einvernehmen bestand. Dies war freilich kein Zu- oder Unfall, sondern die absehbare Konsequenz davon, statt eines Organisationen-Bündnisses eine Organisation mit Individual-Mitgliedern, in der die ‚demokratische Mehrheit‘ entscheiden sollte, zu gründen.

Weiter klittert die GAM:

„Außerdem lehnten diese Gruppen eine individuelle Mitgliedschaft innerhalb der NaO ab, was die Gewinnung kämpfender ArbeiterInnen und Jugendlicher, ja generell von Einzelpersonen schier unmöglich gemacht hätte.“

Tatsächlich „lehnten diese Gruppen eine individuelle Mitgliedschaft innerhalb der NaO“ *nicht* ab. Vielmehr fiel gerade *dies* (eine individuelle Mitgliedschaft) unter *den* (unter *ihren*

8 SIB und InterKommen arbeiteten im damals noch existierenden Berliner Krisenbündnis mit und beteiligten sich in diesem Rahmen an den Occupy-Demos Ende 2011; Anfang 2012 riefen die zu diesem Zeitpunkt am NaO-Prozess beteiligten Gruppen zur Teilnahme an der M 31-Demo und den Blockupy-Aktionstagen im Mai auf: „Wir mobilisieren zu den Demonstrationen und Aktionen am 31. März und vom 17. - 19. Mai. Wir wollen bei diesen Anlässen für die Verstärkung sowie antikapitalistische Ausrichtungen dieser Protestbewegung werben.“ (<http://arschhoch.blogspot.de/2012/03/15/abschlusserklaerung-des-duisburger-treffens-von-vertreterinnen-von-interkomm-sb-soko-und-sib/>; Aufruf: <http://arschhoch.blogspot.de/2012/03/21/m-31-aufruf-von-nao-prozess-beteiligten-und-va-heute-19-h-in-berlin/>)

9 Siehe z.B. [paeris]: „Gemeinsame praktische Tätigkeit bei ‚unkontroversen‘ Themen, um nao einen praktisch-politischen Gehalt zu geben, der es für andere Gruppen und Einzelpersonen interessant machen würde, sich daran zu beteiligen.“ (Unveröffentlichter [180-seitiger] „Reader für das 7. bundesweite Treffen von VertreterInnen von am NaO-Prozeß-Beteiligten-Gruppen“, S. 84).

Begriff!) von „NaO“ (den sie strikt vom „NaO-Prozeß“ *unterschieden*). Allerdings war nach Ansicht dieser Gruppen und auch nach meiner (und auch systemcrashes) Ansicht, die Zeit für die Gründung einer NaO längst noch nicht reif – und was könnte eine klarere Bestätigung dafür sein, als der Umstand, daß sich die im Feb. 2014 gegründete NAO Anfang 2016 schon wieder auflöste?

Wo die GAM recht hat, hat sie recht

In einem stimme ich der GAM allerdings völlig zu:

„Wir sehen in dem **zu langen Ausharren dieser beiden Flügel innerhalb des NaO-Prozesses** eine zentrale Ursache für die danach geschwächte NaO als Ganzes.“ (meine Hv.)

Wirklich geschwächt wurde der NaO-Prozeß allerdings nicht durch das Ausharren, sondern dadurch, daß Teile des NaO-Prozesses (die neu hinzugekommenen Gruppen isl und GAM sowie die mittlerweileige Mehrheit der SIB) inzwischen eine *andere* NaO wollten, als sie ursprünglich im „Na endlich“-Papier anvisiert war.

In der Tat hätte wohl beim NaO-Prozeß-Treffen im Jan. 2013 in Berlin, als die GAM ihren

Manifest-Entwurf sang- und klanglos zugunsten der „breiten“ NaO aufgab und als Micha Prütz und Micha Schilwa als Diskussionsleiter Diskussionsverlauf und Gruppen-Entscheidungs-Kompetenz zugunsten eines Meinungsbildes von ‚Anwesenden‘ manipulierten, oder kurzfristig danach – spätestens beim nächsten (Kasseler) Treffen im April – der Bruch vollzogen werden sollen.

Der RSB tat freilich auch danach und auch schon in dem viertel Jahr – zuge-spitzter Konflikte – davor alles, um den Laden zusammen zu halten, und ‚wir‘ ließen uns darauf ein.

CAUCHE JUGRUH sozialer Not, die eine gemeinsame Antwort der Bürgerschaft, der Arbeiterklasse, des gesamten Volkes fordert. Millionen ArbeiterInnen sind arbeitslos. Obwohl sie zwei Hände zum arbeiten, eine abgeschlossene Ausbildung, handwerkliche oder intellektuelle Fähigkeiten haben, finden sie keine würdevolle Arbeit. Das ist sehr demütigend.

[Read more »](#)

MANIFEST FÜR EINE NEUE ANTIKAPITALISTISCHE ORGANISATION



Dieses Manifest ist das Ergebnis einer Diskussion zwischen antikapitalistischen Gruppen in Deutschland.

[Read more »](#)

AUDIO – MITSCHNITT DER VERANSTALTUNG "UKRAINE AM ABGRUND"

[öffnet sich bei anklicken](#)

META

ausgezeigt wird. AKU, LZP und bei den geaukten meaien die Süddeutsche Zeitung gehören zu den fortschrittlichsten bürgerlichen Massenmedien in Deutschland, bei allen anderen Massenmedien sind die Berichterstattungen noch viel schlimmer, noch manipulierter und noch verzerrter. Der Brief wurde von uns leicht redaktionell bearbeitet und gekürzt.

1. In Ihren Berichten über die Proteste in Venezuela nennen Sie immer wieder die Zahl der Toten – bis zum heutigen Tag handelt es sich um 16 Menschen, die dabei ums Leben kamen. Dies erweckt beim Zuschauer bzw. Zuhörer den Eindruck, es handle sich dabei um durch Polizeimaßnahmen getötete Protestierende. Tatsächlich kamen bisher unseres Wissens drei Demonstranten durch Polizeigewalt ums Leben. Die Mehrheit der Todesopfer fiel den Gewaltaktionen der Protestierenden zum Opfer. Darunter sind Unbeteiligte, die an Barrikaden tödlich verunglückten; Protestierende, die wahrscheinlich durch ihre eigenen Leute getötet wurden wie die Miss Turismo Génesis Carmona bzw. verunglückten; und schließlich Unterstützer der Regierung, die von Protestierenden umgebracht wurden. (siehe detaillierte Aufstellung unten)

[Read more »](#)

Solidarität mit den ArbeiterInnen und Linken in der Ukraine!

Mittwoch, 05.03.2014
Von Redaktion

Neue anti-kapitalistische Organisation (NaO), 2. März 2014

Die Lage in Ukraine spitzt sich zu. Russland droht mit Einsatz der Armee, die Krim hat sich praktisch von Kiew losgesagt. Die ukrainische Regierung ihrerseits ordnet die Mobilisierung der Armee an und wendet sich an die NATO. Das Land ist wie ein Pulverfass. Ein Funke reicht, um es zur Explosion zu bringen.

Der Kampf der Oligarchen und Nationalisten um die Macht, der Kampf um wirtschaftliche und politische Kontrolle über die Ukraine zwischen den imperialistischen Mächten Deutschland/EU Russland und den USA droht sich zur internationalen Katastrophe auszuwachsen.

[Read more »](#)

Erklärung zur Ukraine

Dienstag, 04.03.2014
Von Redaktion

Die folgende Erklärung ist am 25. Februar 2014 von dem Internationalen Komitee der Vierten Internationale angenommen worden.

1. Die politische Krise in der Ukraine hat im November 2013 begonnen, als Präsident Janukowytch unter starkem russischem Druck beschloss, das Assoziierungsabkommen für Freihandel mit der Europäischen Union nicht zu unterzeichnen. Die Partei der Regionen (die Partei des Präsidenten) hatte monatelang für dieses Abkommen Kampagne gemacht. Die politische Krise brach vor dem Hintergrund einer tiefen sozialen und Schuldenkrise aus, wegen der das Land starkem Druck des Internationalen Währungsfonds ausgesetzt war. Die Art und Weise, wie die Entscheidung getroffen wurde, per Macht des Präsidenten als Person, schürte die Furcht der Bevölkerung vor einer erneuten Integration in ein von Russland dominiertes regionales Projekt und davor, dass dies den seit 2010 festzustellenden repressiven und präsidientellen oligarchischen Trend stärken würde.

Gründung der NaO – Berlin

Von Redaktion am 10.03.2014 in den Kategorien: Neuigkeiten mit den tags

Manch LeserInnen wird der NaO Prozess ein Begriff sein, unter dieser Überschrift diskutierten verschiedenen Organisationen und Spektren ca. 2 Jahre über die Möglichkeiten einer Neuen...

[Read more »](#)

Interview mit russischem Sozialisten

Von Redaktion am 06.03.2014 in den Kategorien: Neuigkeiten mit den tags

Januar 2014: In Kiew verteidigen zehntausende Ukrainer den Maidan gegen die Polizei und riskieren dafür ihr Leben. Der Sozialist Ilya Budraitskis war Anfang Januar 2014...

[Read more »](#)

Erklärung

Von Redaktion am 05.03.2014 in den Kategorien: Neuigkeiten mit den tags

Internationales Sekretariat der Vierten Internationale, 7. Februar 2014. Die ukrainische Arbeiterklasse hat keinen Grund, den Sturz des korrupten Viktor Janukowitsch oder seiner...

[Read more »](#)

„arbeitsfähige NaO“? – NAO-Webseite – vom März 2014

„arbeitsfähige NAO“ – wann war das gleich noch?!

Die GAM spricht von der „Gründung einer arbeitsfähigen NaO“, die am 15. Feb. 2014 stattgefunden habe; letztere habe ab Mai 2014 zu wachsen begonnen. Aber da stand der Ukraine-Konflikt innerhalb der NAO schon *ante portas* und auch schon in den ersten Wochen der Existenz der NAO Berlin lief es nicht rund: Erst drei Wochen nach der Gründung der NAO Berlin erschien überhaupt erst ein Artikel auf nao-prozess.de darüber; die gegensätzlichen Erklärungen der ([mandelianischen](#)) [IV.](#) und der Liga für die [V.](#) Internationale zum Ukraine-Konflikt wurden zwar auf die Homepage gestellt (s. [screen shot](#) auf S. 6), aber im Diskussions-Blog nicht diskutiert. Genauso wurde mit unterschiedlichen Positionen zum Volksbegehren Tempelhofer Feld verfahren.¹⁰ Denn die NAO Berlin wollte ja kein „Debattierclub“ sein, sondern handeln... – nur ist es mit dem vereint handeln gar nicht so einfach, wenn gerade umstritten ist, was *richtige* Handlungen sind (*hier*: Wie beim Volksbegehren abzustimmen sei, bzw. welche Teil-Fraktionen welcher Seite im Ukraine-Konflikt zu unterstützen oder ob sich im Ukraine-Konflikt partei-ergreifender – statt analysierender – Stellungnahmen zu enthalten sei¹¹): Wie sollte sich in solch einer Situation das *Debattieren* vermeiden lassen (wenn nicht um den Preis, daß einige über den Kopf von anderen hinweg handeln – und sich Letztere dann früher oder später frustriert zurückziehen)?

Beschlossen wurde zum Ukraine-Konflikt von der NAO Berlin¹² (auf der Linie der Liga für die V. Internationale, der die GAM angehört):

„Die neue Regierung aus Nationalisten und Faschisten ist nicht als Resultat einer demokratischen oder gar revolutionären Umwälzung an die Macht gekommen, sondern vielmehr **aufgrund eines reaktionären Putsches**. Selbst nach den Standards der Rechtsstaatlichkeit, die ihr und ihren EU- und US-Unterstützern angeblich heilig wären, kann sie keine Legitimität für sich beanspruchen.“

(<http://www.arbeitermacht.de/infomail/733/stellungnahme.htm> – meine Hv.)

In der Erklärung der IV. Internationale, zu der die isl gehört, hieß es dagegen:

„Eine Woche blutiger Gewalt hat dazu geführt, dass sich der Standpunkt der Protestierenden durchsetzte und die Forderung nach sofortigem Rücktritt von Präsident Janukowytsch erfüllt werden musste. Er wurde **nicht durch einen ‚Staatsstreich‘ gestürzt**. War er schon vorher zunehmend unpopulär, so wurde er nach den 80 Opfern der Heckenschützen, die mit scharfer Munition auf die Demonstrierenden schossen, absolut abgelehnt. Das führte nach monatelangem Zögern der herrschenden Institutionen zwischen Repression und Dialog zu radikaler Isolierung des Präsidenten in seinem eigenen Lager. Das Parlament stimmte für seine Absetzung [...]“ (http://www.islinke.de/ik_ukraine.htm – meine Hv.)

10 Siehe einerseits: <http://web.archive.org/web/20140530152559/http://nao-prozess.de/volksentscheid-berlin-zwei-mal-nein-am-25-mai-fuer-einen-neuen-kommunalen-wohnungsbau/> und andererseits: <http://web.archive.org/web/20140530152639/http://nao-prozess.de/gemeinsame-erklaerung-der-nao-mitglieder-in-und-um-islrbs-berlin-und-potsdam-zum-tempelhofer-feld/>.

11 Vgl. in diese – mir richtig erscheinende – Richtung (auch wenn ich nicht alle Thesen in den beiden Artikeln teile): <https://www.klassegegenklasse.org/debatte-muss-man-das-kleinere-ubel-unterstutzen/> und <https://www.klassegegenklasse.org/zwischen-verwirrung-und-verzweiflung/>.

12 Vgl. zu diesem Beschluss: <http://theoriealspraxis.blogspot.de/2014/03/30/nao-ukraine-wo-tino-recht-hat-hat-er-recht/>.

Weiter hieß es in dem Text der NAO Berlin: „Wir müssen auch dem weit verbreiteten Mythos entgegentreten, dass die Krise in der Ukraine in erster Linie durch innere Faktoren hervorgerufen sei“. Dagegen hieß es in einem Text des RSB von Anfang Mai 2014: „Die aktuelle Ukrainische Krise ist eine Folge zugespitzter gesellschaftlicher“ – also: innerer (!) – „Widersprüche, gleichzeitig aber auch des heftigen Konkurrenzkampfes zweier konkurrierender imperialistischer Mächte, nämlich der EU und Russlands.“¹³

Im Mai und Juni folgten dann

- ein gemeinsamer Demo-Aufruf von NAO Berlin und ARAB, in dem die „*Verteidigung der Städte im Osten und Süden [der Ukraine] gegen die Angriffe der Faschisten und der Regierung*“ zur „*Vorbedingung*“ für alles weitere erklärt wurde und folgendes Pauschal-Lob ausgesprochen wurde: „*Der Widerstand gegen dieses [Kiewer] Regime, der sich im Süden und Osten des Landes entwickelt hat, ist daher **vollkommen legitim***.“¹⁴
sowie
- die Kritik von Angela Klein (isl) daran¹⁵. Auch dieser Text wurde zwar veröffentlicht, aber jedenfalls nicht öffentlich diskutiert.

Ebenfalls bereits im Mai 2014 gab es gegensätzlich Stellungnahmen von Georg Ismael und Martin Suchanek¹⁶ einerseits sowie von Fabio Montale und und Micha Prütz¹⁷ andererseits zu den Montagsdemos¹⁸ sowie einen NAO-Wahlauf Ruf zur EU-Parlamentswahl, der drei Wahloptionen zur Auswahl stellte:

„Eine relative Mehrheit tritt für die kritische Unterstützung der Linkspartei ein. Diese GenossInnen sehen darin – trotz der links-reformistischen Ausrichtung der Partei und ihrer Rechtsentwicklung – die beste Möglichkeit, die Ablehnung der Regierungspolitik und der Ukraine-Intervention massenhaft zum Ausdruck zu bringen.

Eine Minderheit ruft zur kritischen Unterstützung der DKP auf, weil es angesichts der Rechtsentwicklung der Linkspartei auf dem Hamburger Parteitag darauf ankäme, ein politisches Signal gegen zu setzen, weil auch die Linkspartei Druck von links und durch soziale Proteste braucht – aber manchmal auch bei Wahlen.

Eine andere Minderheit ruft zur Wahl aller konsequent klassenkämpferischen KandidatInnen oder Gruppierungen auf und überlässt es den WählerInnen zu entscheiden, welche das konkret sind.“

(<http://web.archive.org/web/20160314134518/http://nao-prozess.de/europawahlen-am-25-mai/>)

13 <http://www.rsb4.de/content/view/5203/85/>.

14 <http://web.archive.org/web/20140530152805/http://nao-prozess.de/solidaritaet-mit-den-antifaschistinnen-in-der-ukraine-gegen-faschismus-imperialismus-und-krieg/>.

15 <http://naoprozessdoku.blogspot.eu/2014/06/07/einige-anmerkungen-zur-gemeinsamen-erklaerung-von-nao-und-arab-ueber-die-ukraine/>.

16 <http://web.archive.org/web/20140530152614/http://nao-prozess.de/die-neurechten-montagsdemos/>.

17 <http://web.archive.org/web/20140530152619/http://nao-prozess.de/die-rebellion-gegen-die-eu-ist-gerechtfertigt/>.

18 Vgl. zu beiden Texten: <https://systemcrash.wordpress.com/2014/05/13/nao-petitessen/>.

Mir scheint daher die These unabweisbar zu sein: Eine „arbeitsfähige NAO“ – in dem Sinne, daß *gemeinsam erarbeitete* Position *gemeinsam* in politische Praxis umgesetzt werden – hat es (außer vielleicht im Rahmen der „Waffen für Rojava“-Kampagne¹⁹) nie gegeben. Die GAM konnte höchstens ihre Ressourcen und ihre hohe programmatische Homogenität (im Vergleich zu den anderen beteiligten Gruppen) in die (kleinen) Waagschalen der NAO werfen und wirkte dadurch als treibende Kraft. Da die anderen Mitglieder es aber mit Passivität und zunehmenden Widerwillen quittierten, als Anhängsel der GAM-Politik zu erscheinen, konnte dieser Zustand nicht lange aufrechterhalten werden; denn die GAM konnte dadurch für ihre Organisation nichts (mehr) hinzugewinnen: Als bloße Verdoppelung der GAM hatte die NAO Berlin schließlich auch für die GAM keinen Sinn mehr²⁰.

Die Darstellung des Ukraine-Konfliktes innerhalb der NAO Berlin

Wir hatten oben gesehen, wie die GAM die Position der GegnerInnen des Manifestes und der NAO-Schnellgründung als „Vorstellung, dass zuerst alle Streitpunkte zwischen den unterschiedlichen Organisationen beseitigt werden müssen, bis es zu gemeinsamen Interventionen nach außen kommen könnte“, falsch darstellte.

Ähnlich verfährt sie in Bezug auf den Ukraine-Konflikt:

„Diese Politik [der NAO-Mehrheit in Sachen Ukraine] stieß jedoch auf den heftigen und inhaltenden Widerstand eines sich formierenden rechten Flügel der NaO um die isl. [...]. Auf diese Polarisierung antwortete die Minderheit der NaO, v. a. die isl, nicht mit einer politischen Auseinandersetzung, sondern vor allem mit sinkender Aktivität. Denn bis zu diesem Zeitpunkt existierte von Seiten der isl das Angebot, die programmatische Diskussion anhand von von beiden Seiten vorgeschlagenen Texten zu führen, ein Angebot freilich, das nach dieser Auseinandersetzung leider nie erneuert wurde.“

(<http://arbeitermacht.de/rm/rm48/naobilanz.htm>)

Abgesehen davon, daß ja durchaus verständlich ist, daß Leute mit Rückzug reagieren, wenn sie niedergestimmt werden (Warum sollten sich Leute an der Umsetzung einer für falsch gehaltenen Linie beteiligen?! Die GAM hätte ja sicherlich auch nicht brav die isl-Position umgesetzt, wenn diese innerhalb der NAO eine Mehrheit gefunden hätte...), sind folgende Fragen zu stellen: War der Widerstand nun „heftig“ oder bloß „inhaltend“? Und was hatte es mit dem „leider nie erneuert[en]“ „Angebot [der isl], die programmatische Diskussion anhand von von beiden Seiten vorgeschlagenen Texten zu führen“, auf sich?! Zurückgezogen wurde es ja anscheinend auch nicht... – jedenfalls behauptet das die GAM nicht. Warum hat die GAM also das isl-Angebot anscheinend nicht angenommen? Braucht

19 Aber auch in Bezug auf den Fokus auf Waffen meldete Manuel Kellner (isl) – jedenfalls im Nachhinein – Bedenken an (http://www.islinke.de/nao_bilanz.htm).

20 Anders wäre es gewesen wenn die NAO, wie von ihr erhofft, ständig neue, zuvor unorganisierte Leute angezogen hätte (was aber – voraussehbar – nicht der Fall war), sodaß die NAO eine Zwischenstation hätte sein können, die es der GAM erleichtert, neue Mitglieder zu gewinnen („So boten sich über die NaO einige Möglichkeiten wie die zur Verbreitung des Kreises [...], den unsere Positionen erreichen“ / „Für uns [waren die Internationalismustage] ein voller Erfolg, da wir hierbei unsere Positionen vor einem Publikum verbreiten konnten, das über unsere regulären Mobilisierungen hinausging.“ [<http://arbeitermacht.de/rm/rm48/naobilanz.htm>]).

die GAM eine doppelte Einladung, um sich hinreichend gebauchpinselt zu fühlen?

Weiter heißt es in dem GAM-Text:

„Der Charakter der Ukraine-Debatte war nicht stark geprägt von einem Ringen um Mehrheiten innerhalb der NaO oder eines nach außen gerichteten Kampfes des Minderheitsflügels, sondern stellte vielmehr einen Ausgangspunkt für die Blockade des bundesweiten Aufbaus dar. In dieser Situation gingen wir jedoch noch davon aus, dass die unterschiedlichen ideologischen Strömungen einen konsequenten Kampf um die Ausrichtung innerhalb des Umgruppierungsprojektes ausfechten würden.“

Zunächst einmal ist festzustellen, daß die isl ihre Kritik an der Mehrheitsposition der NAO Berlin in Sachen Ukraine – wie oben schon erwähnt – in zwei Texten öffentlich formulierte²¹; allein gab es darauf keine öffentliche Antwort der Mehrheitsfraktion...

Was stellt sich die GAM also *darüber hinaus* noch unter einem solchen „konsequenten Kampf um die Ausrichtung innerhalb des Umgruppierungsprojektes“ vor? Was wäre in Bezug auf das ursprüngliche Ziel des NaO-Prozesses, eine Annäherung der subjektiven RevolutionärInnen, *gewonnen*, wenn es ein paar Wochen später eine zweite Ukraine-Abstimmung in der NAO Berlin gegeben hätte und diese mit umgekehrten Mehrheitsverhältnissen ausgegangen wäre?

Es liegt doch auf der Hand, daß der Kampf für die *Durchsetzung* der eigenen Position statt des Ringens um argumentative Überzeugung nur – früher oder später – zu Spaltung und nicht zu Einheit führen kann. Der (methodologische) Fehler war doch schon, zu einem als Grundsatzfrage wahrgenommenen Thema eine Mehrheitsentscheidung zu treffen: Bei einem solchen Grundsatzkonflikt gibt es doch nur zwei sinnvolle Möglichkeiten: a) Entweder solange diskutieren (und währenddessen *keine* Beschlüsse fassen), bis Einigkeit erzielt ist (und erst dann eine Entscheidung treffen) oder b) – wenn der Konflikt als argumentativ nicht auflösbar, aber dringend entscheidungsbedürftig angesehen wird – gleich getrennte Wege zu gehen.

Methode a) ist doch genau *die* Methode (obwohl sie dabei gar nicht eingehalten wurde; siehe dazu den Kasten auf der vor-

Der Zentrismus des NAO-Manifestes

Die GAM schreibt zum Manifest:

„Beide [sowohl RIO als auch ehemalige GenossInnen der NaO] bezeichnen das Manifest als ‚zentristisch‘ auch wenn das die einen als Kritik, die andern als Lob verstehen mögen. Alle diese KritikerInnen verzichten jedoch darauf, inhaltlich konkret zu zeigen, was zentristisch am Manifest wäre.“

und:

„Letztlich würde eine solche Herangehensweise [Ablehnung, Kompromiß-Texte von RevolutionärInnen und „ZentristInnen“ zu unterzeichnen] jede Blockbildung, jede Blocktaktik verunmöglichen oder jedenfalls die Veröffentlichung aller programmatischen Erklärungen unterhalb der Veröffentlichung eines vollständigen Programms.“

(<http://www.arbeitermacht.de/rm/rm48/naobilanz.htm>)

Im NaO-Manifest fehlt ja aber nicht nur etwas – der anfangs im NaO-Prozeß hochgehaltene „revolutionäre Bruch“ und zumal dessen Konkretisierung als „Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates“ -; sondern eine postkapitalistische Gesellschaft wird – im Widerspruch auch zur GAM-Programmatik – einseitig als „massive Ausweitung demokratischer Rechte“ / als „unvergleichlich demokratischer“ beschrieben, ohne den Klassencharakter des sozialistischen Übergangstaates („Diktatur des Proletariats“) und das Absterben von Recht und Demokratie (als Staatsform) im Übergang zum Kommunismus zu erwähnen. Eben dies *ist* bestenfalls „Zentrismus“.

21 <http://naoprozessdoku.blogspot.eu/2014/06/07/einige-anmerkungen-zur-gemeinsamen-erklaerung-von-nao-und-arab-ueber-die-ukraine/> und <http://www.sozonline.de/2014/03/uberstuzte-erklarung-zur-ukraine/>.

hergehenden Seite), die die GAM zur Rechtfertigung ihrer Unterschrift unter das NAO-Manifest anführt: Das Manifest enthalte zwar nicht alles, was die GAM für richtig halte; aber dies könne der GAM nicht zum Vorwurf gemacht werden, da anders Blockbildungsprozesse nicht möglich sind. – Warum dann also nicht auch zur Ukraine (oder zu Griechenland, um noch einen anderen NAO-Streitpunkt zu erwähnen) das beschließen, was Konsens ist – und weitergehende Stellungnahmen den einzelnen beteiligten Gruppen überlassen?

Der Vorwurf der Passivität wird dann noch weiter ausgewalzt:

„Doch statt klarer Positionierungen seitens isl und RSB und aktiver Auseinandersetzung erlebten [wir] ein Ausharren und Abwarten als Methode. [...]. Es war nämlich zunehmend klar, dass die NaO nur eine Zukunft haben würde, wenn sie andere Kräfte anzog und sich nicht an die zögerlichsten und langsamsten Teile bindet. Im Zuge dieser Auseinandersetzung und der daraus folgenden Passivität seitens isl und RSB wurde viel mehr deutlicher, dass wir es hierbei mit einer NaO der zwei Geschwindigkeiten zu tun hatten.“

Nicht gesagt wird von der GAM allerdings, *was* denn RSB und isl *konkret* hätten tun sollen und *warum*. So kommt der Text nicht über die Banalität hinaus, daß isl und RSB in verschiedenen Fragen anderer Auffassung waren als die GAM.

Genauso in Bezug auf eine Debatte „mit Teilen der Ex-SIB-GenossInnen [...] um die Ein- oder Zwei-Staatenlösung“ in Bezug auf Israel/Palästina: Der Text legt die GAM-Position dar; warum Ex-SIB-GenossInnen nicht damit einverstanden waren, wird *nicht* berichtet; folglich erübrigt sich – praktischerweise ;-)- auch, auf deren Argumente (zumindest irgendwelche Argumente werden sie ja vorgebracht haben, wenn es eine „Debatte“ gab) zu erwidern.

Entsprechend auch der Vorwurf gegen die „Wolken“-Strömung:

„Die NaO-Wolken fußten auf Stagnation in der politischen Entwicklung unter dem Vorwand des Pluralismus. Sie suchten vielmehr den politischen Kompromiss beziehungsweise den Konsens.“

Wie soll denn die Annäherung der subjektiven RevolutionärInnen anders funktionieren als durch Kompromisse und Pluralismus? – zwar nicht im Sinne des von Marx kritisierten „Prinzipienschachers“²², aber Sinne des *Ausklammerns* strittiger Fragen. Das einzige, was an den „Wolken“ in dem Zusammenhang kritisiert werden kann und muß, ist, daß sie selbst die frühzeitige Gründung einer Mitgliederorganisation, die mit Mehrheit entscheidet,

²² „Konnte man also nicht – und die Zeitumstände ließen das nicht zu – über das *Eisenacher Programm* hinausgehen, so hätte man einfach eine Übereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen. Macht man aber Prinzipienprogramme (statt dies bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt. [...]. Hätte man ihnen [den *Lassalleaner*] von vornherein erklärt, man lasse sich auf keinen Prinzipienschacher ein, so hätten sie sich mit einem Aktionsprogramm oder Organisationsplan zu gemeinschaftlicher Aktion begnügen *müssen*. [...]. Man weiß, wie die bloße Tatsache der Vereinigung die Arbeiter befriedigt, aber man irrt sich, wenn man glaubt, dieser augenblickliche Erfolg sei nicht zu teuer erkauft.“ ([MEW 19](#), 13 f.)

befürwortet hatten. Mit dieser organisatorischen Entscheidung war klar, daß es nicht mehr auf den Konsens der beteiligten Gruppen ankommen konnte (zumal sich die SIB ja sogar in die NAO aufgelöst hatte).

Griechenland

Die Methode des bloßen Positionsvergleichs, ohne Prüfung der vorgebrachten Argumente, wird von der GAM auch noch mal in der Griechenland/ANEL-Frage zur Anwendung gebracht. Die von GAM und Revolution in der NAO Berlin durchgesetzte Position wird über mehrere Absätze hinweg ausführlich referiert; zur (vermeintlichen) Gegenposition innerhalb der NAO heißt dagegen nur knapp: „Im Juni 2015 fand die letzte bundesweite Delegiertenkonferenz statt. Hier vertrat die NaO-Minderheit um isl und RSB die Position, in der Griechenlandfrage jedwede öffentliche, marxistische Kritik an der Syriza-ANEL-Volksfrontregierung zu unterlassen. Vielmehr sollten sich Linke auf ‚reine Solidarität‘ beschränken. Einige bezeichneten diese Regierung gar als ‚alternativlos‘.“

Hierzu ist zunächst feststellen, daß der RSB nie die Illusionen von GAM, isl und SIB-Mehrheit in SYRIZA teilte, sondern seine griechische Schwesterorganisation OKDE Spartakus unterstützte und unterstützt, die in ANTARSYA mitarbeitet. Auch nach dem SYRIZA-Wahlsieg von Ende Jan. 2015 veröffentlichte der RSB im März einen Artikel eines Mitgliedes des Zentralen Koordinationskomitee von ANTARSYA, in dem es hieß²³:

„OKDE-Spartakos und ANTARSYA unterstützen die Position einer linken Arbeiteropposition gegen die Regierung. Wir unterstützen fortschrittlichen Maßnahmen, nur werden solche immer unwahrscheinlicher. Und wir verteidigen solche Maßnahmen gegen mögliche Angriffe der Rechten und des Kapitals. Wir können der von Syriza angeführten Regierung der Klassenkollaboration weder trauen noch sie unterstützen. Jetzt schon ist deutlich geworden, dass der linke Flügel in Syriza deren Rückzüge und Kapitulationen nicht wirksam infrage stellen kann. Für den Fall, dass Syriza scheitert, wäre es fatal, wenn die Opposition zu dieser Politik nur von rechts käme. Es braucht deshalb eine unabhängige revolutionäre und antikapitalistische Front, die den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf außerparlamentarische Massenaktionen legt.“

(<http://www.rsb4.de/content/view/5446/85/>)

Da ANARSYA ohnehin nicht im griechischen Parlament vertreten ist, stellte sich die Frage *nicht*, wie ANATARSYA abstimmen würde, wenn rechte Parteien oder die KKE einen Mißtrauensantrag gegen SYRIZA/ANEL-Regierung stellen würde.²⁴

²³ Andere Artikel auf der RSB-Webseite aus dieser Zeit fallen allerdings deutlich schwammiger aus.

²⁴ Da die SYRIZA/ANEL-Regierung zu diesem Zeitpunkt über eine **eigene Mehrheit** im Parlament verfügte, hätte m.E. auch für eine hypothetische ANTARSYA-Parlamentsfraktion – bei ansonsten gleichen Mehrheitsverhältnissen – **keine** wie auch immer geartete **taktische/artihmetische Notwendigkeit** bestanden, gegen einen solchen Mißtrauensantrag zu stimmen. Ein solcher Antrag hätte also ganz danach beurteilt werden können, mit welchen *Alternativen* er verbunden (d.h. u.a.: von welcher Seite er gestellt) worden wäre.

Ich würden meinerseits jedenfalls für die Situation des März 2015 (also noch *vor* der Kapitulation der SYRIZA-Regierung unmittelbar nach dem OXI-Referendum) zu:

- Nein-Stimme oder Enthaltung gegenüber einen Mißtrauensantrag von rechts und
- Enthaltung (oder vielleicht auch Ja-Stimme) gegenüber einem Mißtrauensantrag der KKE

Bevor wir zur – innerhalb der NAO umstrittenen – ANEL-Frage kommen, sei noch auf Folgendes eingegangen:

„Wo, wie in Griechenland, in einer zugespitzten Klassenkampfsituation die Bildung einer Linksregierung möglich werden kann, fordern wir von diesen die Bildung einer Regierung ohne bürgerliche Parteien und Maßnahmen, die einen wirklichen Bruch mit dem System einleiten“

(http://naoprozessdoku.blogspot.eu/files/2016/07/13-12-15_nao_manifest.pdf, S. 27 f.),

so hieß im – von der GAM für richtig gehaltenen – NAO-Manifest. Abgesehen davon, daß mir ohnehin etwas fragwürdig erscheint, von Berlin aus ‚Forderungen‘ an griechische Parteien zu richten²⁵ (statt einfach darzulegen, was *selbst* in der entsprechende Lage getan würde), ist es m.E. alles andere als überzeugend (und alles andere als hilfreich für den Aufbau einer starken revolutionären Kraft), von einer Partei, wie SYRIZA, die nie – auch nur als Lippenbekenntnis – einen „Bruch mit dem System“ angekündigt hat, einen „wirklichen Bruch mit dem System“ zu *fordern*.

Einen „wirklichen Bruch“ zu ‚fordern‘ hätte m.E. allenfalls in Bezug auf Parteien Sinn, die ihn zumindest als Sonntagsrede versprechen. In Bezug auf andere Parteien baut eine solche ‚Forderung‘ Illusionen nicht etwa ab, sondern verstärkt oder produziert sie gerade erst.

Eine rigorose Analyse, die gegenüber den Massen darzulegen wäre und Illusionen abgebaut hätte, wäre gewesen aufzuzeigen, daß SYRIZA auch subjektiv schon damals keinen „Bruch mit dem System“ wollte; daß ihn die KKE jedenfalls (und *insofern* zurecht) **aktuell nicht für möglich** hielt/hält; daß es sich in der Tat *nicht* um eine revolutionäre Situation handelt. Enthaltung dürfte aber in einer *solchen* Situation am ehesten geeignet sein, nicht von falschen Lagern vereinbart zu werden.

25 Im Ergebnis der Essential-Arbeitsgruppe wurde dagegen auf die Forderungsrhetorik verzichtet und im übrigen zwischen „Beteiligung an [...] Regierungen“, „die einen revolutionären Bruch einleiten“, einerseits und bloßer „Stützung“ (*nicht*: „Unterstützung!“) von Regierungen von „Partei[en] links der Sozialdemokratie“ andererseits unterschieden: „Wir lehnen die Mitverwaltung der kapitalistischen Gesellschaft mit ihren Produktions- und Verkehrsformen, d. h. von Herrschaft und Ausbeutung ab. [...] Wir halten ausschließlich die Beteiligung an solchen Regierungen für richtig, die einen revolutionären Bruch einleiten. [...] Darüber hinaus halten wir unter gewissen Umständen die Stützung von Linksregierungen für richtig: Sollte beispielsweise mit Syriza in Griechenland eine Partei links der Sozialdemokratie regieren können, so wäre es verantwortungslos und sektiererisch, sie nicht ‚gegen rechts‘ zu stützen oder gar deren ‚Sturz‘ zu fordern – allerdings ohne in einer bestenfalls (links)reformistischen Regierung selbst mit MinisterInnen Regierungsverantwortung zu übernehmen. Auf alle Fälle ist an Selbstorganisation, Massenmobilisierung und einem revolutionären Bruch mit dem System zu arbeiten.“

(Von der in den Essentials beschriebenen Situation wäre wiederum eine Situation zu unterscheiden, in der eine Partei links der [neoliberalisierten] Sozialdemokratie, also z.B. in Deutschland die Linkspartei, als *Juniorpartnerin* in eine Regierung eintritt. Von einer solchen Konstellation sind weniger reformerische Erleichterungen für die Lohnabhängigen, als vielmehr Einbindung der Juniopartnerin in den Neoliberalismus zu erwarten, wie die bisherigen Regierungsbeteiligungen der Linkspartei auch praktisch zeigten. Deshalb ist es falsch, solche Regierungsbeteiligung zu befürworten oder zu fordern, wie es die GAM aber macht: „Die ‚Linken‘ in der Linkspartei sehen umgekehrt ihr Heil darin, jede Koalition abzulehnen, [...] Für RevolutionärInnen geht es bei der Regierungsfrage [...] darum, dass die Linke [...] dazu gezwungen wird, ihre Versprechen einzulösen. Dieser Probe kann sie an der Regierung allemal besser unterzogen werden als in der Opposition, wo jeder alles versprechen kann.“ [<http://www.arbeitermacht.de/ni/ni212/linkspartei.htm>] „Wir sind gegen eine Koalition mit offen bürgerlichen Parteien, auch mit den GRÜNEN. Wir sind auch gegen Koalitionen um jeden Preis. DIE LINKE sollte vielmehr der SPD erklären, dass sie zur Bildung einer Koalition bereit wäre, wenn sie den Kampf gegen die Abwälzung der Lasten der kapitalistischen Krise auf die ArbeiterInnenklasse aufnimmt und für die unmittelbaren fortschrittlichen Programmforderungen“ [<http://www.arbeitermacht.de/infomail/902/kritik.htm>]. Diese ‚super-schlaue‘ Taktik, die den Wandel der sozialdemokratischen Parteien von reformistischen zu neoliberalen Parteien ignoriert, fördert genau die Illusionen, die diese abzubauen beansprucht; vgl. dazu: http://www.trend.infopartisan.net/trd0416/ad_TF-CI-Manifest_m_ST.pdf, S. 11 f., FN 18).

delte, da die Massen zwar ein Ende der neoliberalen Austeritätspolitik, aber keinen „Bruch mit dem System“; nicht einmal einen Bruch mit der EU oder auch nur dem Euro woll(t)en und auch die organisierten revolutionären Kräfte viel zu schwach waren und sind, um einen solchen Bruch zu *vollziehen* (selbst wenn das *abstrakte ‚Wollen‘* der Massen stärker gewesen wäre, als es tatsächlich vorhanden war). Schließlich wäre noch dazulegen gewesen, daß das Programm von SYRIZA auch als *Reformprogramm* – angesichts des Kräfteverhältnisses und der von SYRIZA verfolgten Strategie blauäugig war.

Kommen wir nun zur ANEL-Frage:

1. Die Position der GAM nach Wahl in Griechenland Ende Jan. 2015 war:

„Letztlich muss eine Mobilisierung der radikalen parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken dazu führen, dass von Syriza und KKE die Bildung einer Arbeiterregierung gefordert wird.“

(<http://arbeitermacht.de/ni/ni196/griechenland.htm>)

Die Kommunistische Internationale definierte auf ihrem IV. Weltkongreß 1922 den Begriff „Arbeiterregierung“ folgendermaßen: Eine Regierung, die es als ihre „elementare Aufgabe“ ansieht, „das Proletariat zu bewaffnen, die bürgerlichen, konterrevolutionären Organisationen zu entwaffnen, die Kontrolle der Produktion einzuführen, die Hauptlast der Steuern auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie zu brechen.“²⁶ Nur dies entspricht m.E. dem Kriterium aus dem NAO-Manifest (das ich insoweit für richtig halte): „**einen wirklichen Bruch mit dem System einleiten**“.

Da die Umsetzung eines solchen Programms Anfang 2015 weder von SYRIZA noch von der KKE zu erwarten oder auch nur versprochen worden war und die Umsetzung eines solchen Programms – aufgrund des objektiven Kräfteverhältnisses – nicht möglich war, war es gelinde gesagt Begriffsverwirrung, eine etwaige SYRIZA/KKE-Regierung als „Arbeiterregierung“ zu bezeichnen. (In Wirklichkeit zeigt es, daß die GAM ein theoretisch *nicht konsistentes* Verständnis dafür hat, was eine „Arbeiterregierung“ sein soll.)

Hinzukommt noch: Im Juni 2012 forderte die Liga für die V. Internationale (L5I), zu der die GAM gehört, „[j]ene Linken, die außerhalb Syrizas in Antarsya standen“ auf,

„jetzt Syriza bei[zu]treten und dort für ein revolutionäres Programm [zu] kämpfen. So könnte Syriza noch stärker [*sic!*, TaP] zu einer Führung im Kampf für die Macht der Arbeiterklasse werden.“

(<http://www.arbeitermacht.de/infomail/628/griechenland.htm>)

Soweit mir bekannt, hatte die L5I ihre Befürwortung von SYRIZA-Entrismus bis zum Sommer 2015 nicht revidiert und auch nachträglich nicht selbstkritisch analysiert, sondern ihren nunmehr (impliziten) Positionswechsel allein mit gewandelten Umständen begründet.

²⁶ <http://www.marxismus-online.eu/debatte/programm/einheitsfront/taktik4KI.html>.

Dieses bedeutet: Wenn ANTARSYA dem Ratschlag der L5I gefolgt und SYRIZA beigetreten wäre, dann hätte sich ANTARSYA also nach der Wahl im Januar 2015 als Teil von SYRIZA und zusammen mit der KKE an einer solchen vermeintlichen „Arbeiterregierung“ beteiligen sollen.

Während es m.E. absurd wäre, SYRIZA – die eh *nicht* beansprucht, eine kommunistische Partei zu sein – an den Maßstäben der Kommunistischen Internationale zu messen und es m.E. auch nicht sonderlich angemessen wäre, die in der Tradition des Stalinismus stehende KKE, an den Maßstäben der Kommunistischen Internationale zu messen (außer, um zu zeigen, daß sie diese Maßstäbe weitgehend *verfehlt*), hat es schon Sinn, ANTARSYA – als Antikapitalistische Linke Zusammenarbeit *für den Umsturz* –, die sich links von SYRIZA und KKE positioniert (und auch keine anarchistische Formation ist), an den Maßstäben der Kommunistischen Internationale zu messen, das heißt, sie als eine Art ‚Para-KP‘ (als einer Kommunistischen Partei *ähnlich*) zu behandeln (allerdings ohne den entsprechenden ‚Massenanhang‘ und ohne die organisatorische Form, die erst den Begriff ‚Partei‘ rechtfertigen würden).

Nach den von mir insoweit für richtig gehaltenen Maßstäben der Kommunistischen Internationale wäre es aber für KommunistInnen / RevolutionärInnen *falsch*, sich an Regierungen bürgerlicher *Staaten* zu beteiligen – es sei denn, solche Regierungen würden gerade zu einem Instrument des Bruchs mit dem bestehenden Staatsapparat gemacht, indem sie „das Proletariat [...] bewaffnen, die bürgerlichen, konterrevolutionären Organisationen [...] entwaffnen, die Kontrolle der Produktion ein[...]führen“ (KomIntern, s.o.). Dies wäre aber von einer hypothetischen SYRIZA/KKE-Regierung keinesfalls zu erwarten, weshalb es also – anders als die GAM meint – *falsch* gewesen wäre, wenn sich ANTARSYA (als hypothetischer Teil von SYRIZA oder auch eigenständig) an einer SYRIZA/KKE-Regierung beteiligt hätte.

2. Halte ich schon eine *Beteiligung* von RevolutionärInnen an Regierungen bürgerlicher Staaten, die nicht in der oben beschriebenen Weise handeln, für falsch, so ist klar, daß ich erst recht die *Beteiligung* an gemeinsamen Regierungen mit rechtspopulistischen Parteien, wie ANEL, von denen die Umsetzung eines solchen Programms noch weniger zu erwarten ist, ablehne. *Insofern* bin ich also ganz auf Seiten der GAM.

3. Bleibt die Frage, was von der immanenten Schlüssigkeit (inneren Logik) der Position der GAM und von der Position der entgegengesetzten Strömung innerhalb der NAO zu halten ist.

a) Wie gesehen, befürwortete die GAM Anfang 2015 eine SYRIZA-Regierung. Diese sollte nach Ansicht der GAM vorzugsweise zusammen mit der KKE, aber jedenfalls nicht zusam-

men mit ANEL gebildet werden.²⁷ Da die KKE dazu aber nach ihren eindeutigen Erklärungen und in Übereinstimmung mit ihrer gesamten politischen Praxis der letzten Jahre nicht bereit war, war der Vorschlag der GAM weitgehend imaginär.

Für den Realismus der von ihr vorgeschlagenen Taktik machte die GAM geltend:

„Syriza hatte drei Tage Zeit für Sondierungs- und Koalitionsgespräche. So hätte Syriza Zeit gehabt, verschiedenen Parteien und Abgeordneten Angebote zu machen. Da ja nur zwei Sitze zur absoluten Mehrheit fehlen (149 von 151), wäre es durchaus möglich gewesen, einzelne ‚Überläufer‘ für die eigene Fraktion zu gewinnen. Im letzten Parlament gab es immerhin mehr als 20 Abgeordnete, die ihre Fraktion verließen. Ebenso wäre es möglich gewesen, eine Minderheitsregierung zu bilden, dieses Recht hat eine Fraktion ab 120 Abgeordneten.

Diese Minderheitsregierung hätte ihre Maßnahmen und Gesetze ins Parlament einbringen können, um z.B. mit wechselnden Mehrheiten erste Schritte ihres Programms umzusetzen. Wenn diese Regierung z.B. von der KKE keine Unterstützung für einzelne fortschrittliche Maßnahmen bekommen hätte, wären auch Neuwahlen eine Option für Syriza gewesen. Zudem hätte die KKE dann ein großes Problem bei ihren AnhängerInnen bekommen – hätte sie doch die Verantwortung zu tragen für den Sturz der ersten Regierung in Europa, die die Memoranden der Troika ablehnt. Taktisch hätte eine Syriza-Minderheitsregierung die KKE vor sich hertreiben können, hätte aufzeigen können, ob die KKE für eine Erhöhung des Mindestlohns stimmt oder für eine kostenlose Stromversorgung für diejenigen, denen der Strom abgeklemmt wurde – oder ob es der KKE ‚aus Prinzip‘ wichtiger gewesen wäre, gegen Syriza und Tsipras zu stimmen.“

(<http://arbeitsmacht.de/ni/ni196/griechenland.htm>)

- An diesem Statement erscheint mir zunächst einmal bemerkenswert, daß sich die GAM in erster Linie darüber Gedanken macht, wie die rechtere SYRIZA die – jedenfalls nominell – linkere KKE unter Druck setzen könne.
- Zum zweiten ist die griechische Verfassungsrechtslage nicht korrekt dargestellt: Nicht einfach der Umstand, daß eine Fraktion über 120 (der insgesamt 300) Sitze verfügt (und *keine Mehrheitsregierung* zustande kommt), berechtigt zur Bildung einer Minderheitsregierung. Vielmehr benötigt auch eine solche Regierung innerhalb von 15 Tagen das Vertrauen einer Mehrheit der bei einer Vertrauensabstimmung *anwesenden* Abgeordneten.

In Art. 84 der griechischen Verfassung heißt es: „Die Regierung bedarf des Vertrauens des Parlaments. Sie ist innerhalb von 15 Tagen nach der Eidesleistung des Ministerpräsidenten verpflichtet [...], den Vertrauensantrag im Parlament zu stellen. Ein Vertrauensantrag kann nur mit absoluter Mehrheit der anwesenden Abgeordneten angenommen werden; diese darf aber nicht geringer als zwei Fünftel der Gesamtzahl der Abgeordneten sein.“

(<http://www.verfassungen.eu/griech/>)

²⁷ In diesem Sinne wurde auch von der NAO Berlin (und später bundesweit) beschlossen: „Syriza hatte durchaus eine Alternative: Eine Minderheitsregierung bilden und die KKE massiv unter Druck setzen, sie gegen die bürgerlichen Parteien zu unterstützen! [...]. Wir fordern daher den Bruch mit ANEL und den Rauswurf des Verteidigungsministers aus der Regierung. Stattdessen treten wir für eine Syriza-Minderheitsregierung oder eine Koalition mit der KKE ein, die sich auf die Mobilisierung der Massen stützt.“ (<http://web.archive.org/web/20150217154622/http://nao-prozess.de/troika-abgewaehlt-solidaritaet-mit-der-griechischen-bevoelkerung-ersatzlose-streichung-der-schulden-keine-zugestaendnisse-an-merkeleu/>)

Das heißt: Das Vertrauensvotum wäre im SYRIZA-Falle (ohne Regierungsbeteiligung von ANEL) nur zustande gekommen, wenn alle SYRIZA-Abgeordneten an der Abstimmung teilgenommen, aber mindestens drei Abgeordnete anderer Parteien *nicht* teilgenommen oder mit „Ja“ gestimmt hätten.²⁸

- Mir scheint alles andere als sicher, daß eine solch wacklige Konstruktion, wie sie die GAM vorschlug, eine bessere Grundlage für eine Konfrontation mit der EU und dem griechischen Kapital gewesen wäre, als die tatsächlich gebildete SYRIZA/ANEL-Regierung.

b) Angesichts dessen erscheint mir jedenfalls *nicht allzu* übertrieben, was Micha Schilwa und andere in ihrer NaO/NAO-Bilanz schreiben:

„Das [Der von mir in FN 27 zitierte Beschluß der NAO Berlin] bedeutete in der damaligen Situation de facto nichts anderes als die Forderung nach dem Sturz der Tsipras-Regierung. Erinnern wir uns. Wer nach dem SYRIZA-Wahlsieg eine Regierung wollte, die wenigsten vorhatte, sich der Troika zu widersetzen, musste erkennen, dass es zur Koalition mit ANEL keine parlamentarische Alternative gab – auch wenn das unbestreitbar eine für Linke ziemlich ‚unappetitliche‘ Partei ist. ND, PASOK und POTAMI waren / sind bis ins Mark neoliberale EU-Vasallen, eine Koalition mit den Faschisten der ‚Goldenen Morgenröte‘ verbot sich von selbst.

Und die KKE? Fährt seit langem einen ultra-sektiererischen, ja geradezu verbrecherischen Kurs. Die letzten Hardcore-Stalinsten Europas haben immer wieder erklärt, dass sie in SYRIZA den ‚linken Flügel der Bourgeoisie‘ und also als den Hauptfeind sehen. Die KKE hatte darüber hinaus konsequenterweise wiederholt öffentlich angekündigt, JEDEN Misstrauensantrag gegen die ‚volksfeindliche‘ Tsipras-Regierung zu unterstützen. Nach einem Rauswurf von ANEL hätte es unweigerlich einen solchen Misstrauensantrag gegeben, dem dann ALLE Parteien außer SYRIZA (also die Parlamentsmehrheit) zugestimmt hätten.“

(http://naoprozessdoku.blogspot.eu/files/2016/08/bilanz-b-b_u-korr.pdf, S. 11)

Als Alternative zur GAM-Position befürworteten diese AutorInnen:

„vor der Kapitulation [der SYRIZA-Regierung] konnte es nur EINE vernünftige Linie geben: Bedingungslose Verteidigung dieser Linksregierung gegen den Imperialismus ohne auf solidarische Kritik am Zögern und Zurückweichen zu verzichten.“ (ebd., S. 12)

Das scheint mir nun allerdings gar nicht weit von der Mehrheitsposition der NAO entfernt zu sein, denn auch in deren Beschluß stand ja: „Dies schließt ein, Syriza gegen die herrschende Klasse in Griechenland und die Troika zu verteidigen“. Und: „Der Wahlsieg Syrizas hat uns weder besoffen gemacht, noch stehen wir abseits, wenn es um die Verteidi-

²⁸ Im übrigen scheint die griech. Verfassung *nicht* vorzusehen, daß eine Minderheitspartei einen Anspruch darauf hat, daß sich eine von ihr gebildete Regierung *aufs Geratewohl* einer Vertrauensabstimmung stellen darf. In Art. 37 der griech. Verfassung heißt es: „Zum Ministerpräsidenten wird der Vorsitzende der Partei ernannt, die im Parlament über die absolute Mehrheit der Sitze verfügt. Verfügt keine Partei über die absolute Mehrheit, so erteilt der Präsident der Republik dem Vorsitzenden der Partei mit der relativen Mehrheit einen Sondierungsauftrag, um die Möglichkeit der Bildung einer Regierung, die das Vertrauen des Parlaments genießt, zu erkunden. Besteht diese Möglichkeit nicht, so erteilt der Präsident der Republik dem Vorsitzenden der zweitstärksten Parlamentspartei einen Sondierungsauftrag, bleibt dieser Versuch weiter erfolglos, so erteilt er dem Vorsitzenden der drittstärksten Parlamentspartei einen Sondierungsauftrag.“ Die bloße Absicht, mal *versuchen* zu wollen, ob eine Vertrauensabstimmung eine Mehrheit ergibt, dürfte sich schwerlich als ‚Erfolg‘ von *Sondierungsverhandlungen* bezeichnen lassen. Dafür dürften Vorab-Zusagen von Abgeordneten, eine solche Regierung zu stützen, notwendig sein.

gung dieser Regierung gegen die reaktionären Kräfte in Europa und den deutschen Imperialismus geht.“²⁹ „[D]ieser Regierung“ – das konnte ja nur *die* Regierung, deren Bildung am Tage der NAO-Beschlußfassung bereits vereinbart war – also der SYRIZA/ANEL-Regierungen – meinen.

Insofern finde ich dann *schon* übertrieben, wenn es in dem Text von Micha Schilwa u.a. heißt:

„Man kann nicht sagen: Wir verteidigen die SYRIZA-Regierung gegen die Troika und gleichzeitig de facto zum Sturz ebendieser Regierung aufrufen.“ (S. 12)

Denn letztlich bedeute der NAO Berlin-Beschluß – abgesehen von der vollmundigen ‚Forderungen‘-Rhetorik³⁰ – nichts anders, als zu sagen: Uns wäre eine andere Koalition noch lieber, aber wir akzeptieren auch die tatsächliche Koalition als kleineres Übel gegenüber allen Regierungs-Konstellationen ohne SYRIZA-Beteiligung.

In dem NAO Berlin-Beschluß stand nämlich *nicht*, was aber in dem einen Tag später auf der NAO-Webseite veröffentlichten „Diskussionsbeitrag von Georg Ismael, Henning Weber & Martin Suchanek“ stand:

„Am kommenden Dienstag, dem 10. Februar, erbitet die Syriza-Anel-Regierung im Parlament um das Vertrauen. Wir rufen die Abgeordneten von Syriza auf, mit NEIN zu stimmen.“ (<http://web.archive.org/web/20150223093526/http://nao-prozess.de/keine-regierung-mit-anel/>)

Dort wurde dann die SYRIZA/ANEL-Regierung tatsächlich als *größeres* Übel bezeichnet:

„Uns ist bewusst, dass das die politische Krise in Griechenland verschärft. Uns ist bewusst, dass das viele Linke als Gefährdung ihres ‚Projekts‘ betrachten, das sich offen gegen die Memoranden und gegen die neo-liberale Politik in Europa stellt. Aber eine Koalition mit einer offen bürgerlichen Partei (ob nun Anel, Potami oder Pasok) wäre ein **weitaus größeres Übel** für den zukünftigen Kampf gegen die griechischen Kapitalisten und die Troika. Sie würde die Herstellung der Einheit der griechischen ArbeiterInnenklasse gegen Kapital und Imperialismus erschweren, der Syriza-Führung um Tsipras als Ausrede für die Verwässerung von Reformen dienen, einer ultra-nationalistischen, reaktionären Partei das Verteidigungsressort überlassen und der herrschenden Klasse ein Vetorecht gegen alle missliebigen Maßnahmen geben. Eine solche Regierung der Klassenzusammenarbeit mit einer schwächelnden griechischen herrschenden Klasse wird sich unvermeidlich als Fallstrick für die griechischen Lohnabhängigen und Bauernschaft erweisen.

Zwar muss diese Regierung ‚ohne Wenn und Aber‘ gegen den Imperialismus und das internationale Kapital verteidigt und eine ersatzlose Streichung alle Schulden durchgesetzt werden. Eine Zustimmung zur Koalition mit Anel würde aber auch einen ‚Vertrauensbeweis‘ für eine rassistische, bürgerliche Kraft darstellen.“ (ebd. – meine Hv.)

29 <http://web.archive.org/web/20150217154622/http://nao-prozess.de/troika-abgewaehlt-solidaritaet-mit-der-griechischen-bevoelkerung-ersatzlose-streichung-der-schulden-keine-zugestaendnisse-an-merkeleu/>.

30 „Wir fordern daher den Bruch mit ANEL und den Rauswurf des Verteidigungsministers aus der Regierung.“ (s. FN 27)

Dies ist nun in der Tat ein Selbstwiderspruch – einerseits zu sagen „diese Regierung ,ohne Wenn und Aber“ zu verteidigen, aber ihr andererseits nicht das Vertrauen auszusprechen. Diesen Widerspruch kann auch mit dem Zusatz „[Verteidigung] gegen den Imperialismus und das internationale Kapital“ nicht verdeckt werden, denn eine SYRIZA/ANEL-Regierung, die die Vertrauensabstimmung verloren hätte, hätte nicht nur gegenüber der GAM oder den griechischen Lohnabhängigen keinen Bestand mehr gehabt, sondern auch nicht gegenüber Imperialismus und internationalem Kapital.

4. Wie lautet nun die Antwort der GAM auf die Kritik von Micha Schilwa u.a.?

„Aber wenn eine antikapitalistische, vielleicht sogar revolutionäre Politik und Methode wirksam werden sollen, dann sollte auch klar [sein], dass wir nicht allein der parlamentarischen Arithmetik folgen können, sondern genau darüber hinaus Perspektiven entwickeln müssen.“

(<http://arbeitsmacht.de/rm/rm48/naoendbetrachtung.htm>)

Das ist genauso wahr wie banal. Allerdings hatte die GAM ja gar nicht den Vorschlag gemacht, sich parlamentarischer Regierungsspiele zu enthalten und stattdessen an der Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zu arbeiten.

Wenn die GAM, die weder in deutschen Parlamenten vertreten ist noch (auch nur) eine (außerparlamentarische) griechische Schwesterorganisation hat, schon Vorschläge für die parlamentarische Taktik in Griechenland macht, dann kann sie sich allerdings schlecht darüber beschweren, wenn ihr *parlamentarischer* Vorschlag an der *arithmetischen* (parlamentarischen) Machbarkeit und nicht an, ‚Ach, wäre die Welt schön, wenn...‘, gemessen wird.

Außerdem war ja schon in dem Papier von Micha Schilwa & Co. bemängelt worden:

„Die GAM hat den Nao-internen Kritikern in dieser Frage vorgeworfen, die parlamentarische Ebene maßlos zu überschätzen. Bedauerlicherweise war es aber so, dass der SYRIZA-Wahlsieg nicht von einem Erstarren, sondern einem Abflauen der außerparlamentarischen Kämpfe begleitet wurde. In der von langen und harten Abwehrkämpfen erschöpften griechischen Arbeiterklasse setzte sich – leider, aber auch nachvollziehbar – die Haltung ‚Tsipras wird’s schon richten‘ durch. Der GAM-‚Vorschlag‘, SYRIZA müsse nun Druck auf die KKE-Führung in Richtung ‚Einheitsfront-Orientierung‘ machen, war angesichts der rigiden Halsstarrigkeit dieser Vollsektierer nur eines: Wolkenkuckuksheim im Quadrat.“

(http://naoprozessdoku.blogspot.eu/files/2016/08/bilanz-b-b_u-korr.pdf, S. 11)

Darauf wäre nun – falls die Absicht ist, nicht nur Positionen zu *vergleichen*, sondern zu *argumentieren* – ein *konkreter* Einwand *in der Sache* notwendig. Die GAM beschränkte sich stattdessen – wie bereits zitiert – auf die Floskel: „dass wir nicht allein der parlamentarischen Arithmetik folgen können, sondern genau darüber hinaus Perspektiven entwickeln müssen.“

Unabhängig von dem Text von Micha Schilwa & Co. schreibt die GAM noch:

„Die weitere Entwicklung hat deutlich bestätigt, wie richtig die Warnung vor einem möglichen Verrat der Syriza-geführten Regierung war. Die Koalition mit ANEL brachte für alle deutlich die Bereitschaft von Tsipras und Co. zum Ausdruck, ihre Politik an die Zustimmung von bürgerlichen Kräften, in diesem Fall einer rechten, extrem nationalistischen Partei, zu binden. Es ist bemerkenswert, dass auch heute, wo sich die Richtigkeit der Position erwiesen hat, die AnhängerInnen der damaligen Minderheit weiter an ihrem Fehler festhalten. Die Tatsache, dass die NaO mehrheitlich im Juni 2015 für die Positionen der NaO-Berlin stimmte, hat die politische Ehre der NaO gerettet.“

Die „politische Ehre der NaO“... so, so. Abgesehen von dieser ‚großen Münze‘ („Ehre der NaO“), mit der ich mich nicht lange aufhalten möchte, war es *keinesfalls* falsch, vor einem Scheitern der SYRIZA-Regierung zu warnen, für das die Regierungsbeteiligung von ANEL aber keineswegs ausschlaggebend war und ist. (Auch [mit] einer SYRIZA-Alleinregierung wäre es [den Lohnabhängigen in Griechenland] nicht merklich anders ergangen als [mit] der SYRIZA/ANEL-Regierung[.]) Allerdings zeigt der von der GAM wieder einmal verwendete „Verrats“-Begriff, daß die GAM immer noch nicht erkennt, daß es sich bei diesem Scheitern nicht um einen Fall von subjektiv-moralischer Schwäche, sondern um einen *konzeptionellen Mangel* reformistischer Politik unter den Bedingungen der Hegemonie des neoliberalen Kapitalismus handelt. Die Fokussierung der GAM auf ANEL lenkt gerade gerade von der Hauptsache ab und auf einen Nebenkriegsschauplatz um.

5. Falls schließlich noch interessiert, was ich empfohlen hätte, wenn ich gefragt worden wären oder die Illusion gehabt hätte, auch ohne gefragt worden sein, gehört zu werden bzw. was ich gemacht hätte, wenn ich (z.B. für ANTARSYA) im griechischen Parlament gesessen hätten, *und es auf meine Stimme angekommen wäre* (= *Unterschied zur in FN 24 angesprochenen Situation*), so lautet meine Antwort:

a) Ich hätte empfohlen, SYRIZA solle nicht regieren. Denn angesichts des

- *politischen* Kräfteverhältnisses („nur“ 35 % der WählerInnen-Stimmen für SYRIZA; auch keine Stimmenmehrheit für SYRIZA, KKE und ANTARSYA zusammen; realistische Regierungsbildungsmöglichkeit nur unter Einbeziehung von ANEL)
- des *gesellschaftlichen* Kräfteverhältnisses (Abflauen der außerparlamentarischen Kämpfe seit 2012) und
- des *internationalen* Kräfteverhältnisses (globale Hegemonie nicht nur des Kapitalismus, sondern auch seiner neoliberalen Variante; Bedarf des griechischen Staates an frisches Geld zu kommen)

waren *weder* die Bedingungen für einen Erfolg einer anti-neoliberalen Reformregierung *noch erst recht* für einen Erfolg einer „Arbeiterregierung“, die – nach GAM-Vorstellung – den „Bruch mit dem System einleitet“, gegeben. Angesichts dieser Situation hätte SYRIZA 2015 als Oppositionspartei mehr relativen Nutzen gestiftet denn als Regierungspartei. Außerdem hätten ich SYRIZA vorgeschlagen, als erste parlamentarische Handlung zu beantragen, die 50 Sitze-Bonus-Regelung für die stärkste Fraktion abzuschaffen (was inzwischen tatsächlich passiert ist), um so für die Zukunft von vornherein zu vermeiden, in die Verlegenheit zu kommen, ohne WählerInnen-Mehrheit (von wirklich belastbaren gesellschaftlichen Rückhalt gar nicht erst zu reden), zu regieren.

b) Und was hätte ich als griechische Abgeordnete gemacht? Abgesehen von einem hypothetischen imperativen Mandat meiner hypothetischen Partei, dem ich aller Wahrscheinlichkeit nach gefolgt wären: Ich weiß es nicht. Ich hatte mir diese Frage damals nicht gestellt. Vermutlich hätte ich im Feb. 2015 der Tsipras-Regierung das Vertrauen ausgesprochen, wenn es auf meine Stimme angekommen wäre – aber mit der *rein defensiven* Begründung: ‚Wenn SYRIZA – trotz meines gegenteiliges Rates – unbedingt regieren will und

wahrscheinlich auch die allermeisten SYRIZA-WählerInnen und vermutlich auch große Teile der ANTARSYA- und KKE-WählerInnen wollen, daß SYRIZA zumindest die *Chance* bekommt, ihr Programm umzusetzen, so soll dieses kleinere Übel jedenfalls nicht an mir scheitern [da ich angesichts des Kräfteverhältnisses keinerlei Möglichkeit habe, das wirklich Gute hier und heute durchzusetzen].¹ Und ich hätte auf alle Fälle dazu gesagt, daß das SYRIZA-Programm (von *mehr* gar nicht erst zu reden), nur dann durchsetzbar ist, wenn sich *nicht* auf parlamentarische Mehrheitsverhältnisse verlassen, sondern das gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändert wird. (Wäre dagegen, entgegen der tatsächlichen griechischen Verfassungsrechtslage nicht pauschal über die Regierung, sondern über jedes einzelne Regierungsmitglied abgestimmt worden, so hätte, ich dagegen wahrscheinlich gegen den ANEL-Kandidaten gestimmt – trotz der absehbaren Gefahr, daß dies zu einem sofortigen [erfolgreichen] Mißtrauensantrag gegen die bereits gewählten Regierungsmitglieder führt.)

War die Trennung unvermeidlich?

Ich haben meinerseits zwar durchaus Zweifel, ob die erneute organisatorische Trennung zwischen GAM/Revolution einerseits und dem Rest der NAO andererseits unvermeidlich war.³¹ Jedenfalls im Rahmen eines Bündnisses revolutionärer Gruppen hätten sich die strittigen Fragen einfach ausklammern lassen.

Nun ist allerdings schon naheliegend, an eine Organisation *umfassendere* programmatische Ansprüche und *höhere* Ansprüche an programmatische Vereinheitlichung zu haben als an ein Bündnis. Aber auch dann waren ja nicht die isolierten Konflikte bzgl. Ukraine, ANEL usw. die Ursache des Scheiterns der NAO, sondern – und das war die von IBT, [paeris], InterKomm sowie systemcrash und mir schon 2012/13 vertretene und sicherlich nicht nur von mir weiterhin für richtig gehaltene These –: daß die NAO auf dem ungenügenden ‚Fundament‘ eines nicht oder zu wenig vorhandenen gemeinsamen programmatischen Verständnis – also: *verfrüht* – gegründet wurde. Der Preis für diesen Voluntarismus war der schnelle Zusammenbruch, der auch nicht unerwartet kam für diejenigen, die diesen Prozeß weiter interessiert (wenn auch von außen) beobachteten.

Zurück zum Grundsätzlichen: Wie ist eigentlich die Ausgangslage?

31 Bzgl. Griechenland war die GAM-Position, der SYRIZA/ANEL-Regierung das Vertrauen zu verweigern, und die Position der NAO-Minderheit, eine SYRIZA-Regierung auch um den Preis einer ANEL-Beteiligung haben zu wollen, unvereinbar. Aber die *volle* GAM-Position stand ja auch in dem NAO-Mehrheits-Beschluß zu Griechenland gar *nicht* drin. Die verbleibende Differenz scheint mir eher marginal gewesen zu sein.

Auch der NAO-Mehrheits-Beschluß zur Ukraine und der RSB-Beschluß zur Ukraine enthielten eine Reihe von übereinstimmenden Aussagen, die durchaus für einen gehaltvollen Text ausgereicht hätten:

- **NAO:** „In jedem Fall gilt aber unsere unbedingte Solidarität den ukrainischen linken Organisationen, die [...] gegen ukrainischen wie russischen Nationalismus [...] kämpfen. [...]. Für die Linke in Deutschland gilt es, v.a. gegen die Ukraine-Politik der eigenen Regierung Stellung zu beziehen, Aufklärung zu betreiben und zu mobilisieren.“
- **RSB:** „Alle politischen Stellungnahmen, die [...] die Unterstützung der russischen Position (genauer: der Position Putins) rechtfertigen, begehen einen katastrophalen Fehler. Sie gehen letztlich davon aus, dass die Welt in zwei Lager geteilt ist (Ost und West) und dass letztlich weder der Klassenstandpunkt – also die Frage: Was liegt im Interesse der lohnabhängigen Bevölkerung? – zählt noch etwa humanitäre oder ökologische oder feministische Fragen. [...]. Für uns hier muss der Kampf gegen die erpresserische Politik der EU (und im Besonderen Deutschlands) im Vordergrund stehen, getreu der Parole Karl Liebknechts: ‚Der Hauptfeind steht im eigenen Land.‘“
- Ob auch noch die isl unter diesen Hut gepaßt hätte, erscheint mir allerdings nicht gesichert.

Aber noch mal zurück zum Grundsätzlichen: Wie ist eigentlich die gesellschaftliche Lage, in der wir (in Deutschland in den 2010er Jahren) über eine Annäherung der subjektiven RevolutionärInnen diskutieren?

In der NaO-Auflösungserklärung hieß es überraschenderweise: „Für den Niedergang der NaO sind unserer Meinung nach drei Faktoren ausschlaggebend: a) Die relative Stabilität des deutschen Kapitalismus in den letzten Jahren.“

In ihrer jetzigen NaO/NAO-Bilanz kehrt die GAM dagegen – sinngemäß – wieder zu der These des NAO-Manifestes zurück:

„Die Krise von 2008 stellt bekanntlich [*sic!*, TaP] einen historischen Wendepunkt dar. Der Kapitalismus ist in eine **systemische**, weltweite Krisenperiode eingetreten, die nicht nur mit einer chronischen Instabilität, sondern auch einer tiefen Erschütterung des gesamten gesellschaftlichen Gefüges einhergeht.“

(<http://www.arbeitermacht.de/rm/rm48/naobilanz.htm> – meine Hv.)

Dies halte ich schon für einen unzutreffenden analytischen *Ausgangspunkt*. Der Kapitalismus befindet sich zwar in einer Krisenperiode, diese ist aber keineswegs „systemisch“, sondern konjunkturell. Dieser analytische Irrtum führte zur These von der Dringlichkeit einer Organisationsgründung.

Ein Irrtum war jene These, weil „systemische, weltweite Krise“ (meine Hv.) auf einen *Zusammenbruch* des Kapitalismus hinausläuft, von dem aber nichts zu sehen und der auch ökonomietheoretisch schlicht falsch³² ist. Verknüpft ist diese Zusammenbruchs-Theorie³³

32 Der Kapitalismus hat und kennt keine ‚innere Schranke‘ des Systems. Selbst die größte Krise würde irgendwann wieder zu einem Aufschwung führen, und sei es durch die vorherige massive Zerstörung von Sachwerten (wie in zwei Weltkriegen geschehen). Der Kapitalismus kann nur durch eine *bewußte und gewollte politische Aktion gestürzt werden*, aber nicht durch einen quasi ‚metaphysischen‘ Glauben an ‚Systemgrenzen‘, die nur in den Köpfen derjenigen existieren, die sie heraufzubeschwören suchen, aber zu machtlos sind, um die ‚Machtfrage‘ *real* (praktisch) stellen zu können. – Auf die psychologisch-kompensatorische Funktion dieser ‚Zusammenbruchstheorien‘ braucht dann auch nicht weiter hingewiesen werden, denn sie springt dem/r kritischen BetrachterIn ins Auge.

33 Vgl. dazu in Kritik an Georg Lukács: „For all its denunciations of the mechanical Marxism of the Second International, Lukács’s model itself remains securely trapped within the problematic of the Second International belief in the final, *cataclysmic* economic collapse of capitalism that will usher in the socialist revolution—the *Zusammenbruch* theory. For the emergence of true proletarian consciousness is mechanically attributed by Lukács to the advent of a full-scale economic crisis. ‘The active and practical side of class consciousness, its true essence, can only become visible in its authentic form when the historical process imperiously requires it to come into force, i.e. when an acute crisis in the economy drives it to action. At other times it remains theoretical and latent, corresponding to the latent and permanent crisis of capitalism.’ Here all Lukács achieves is a restatement of the old Luxemburgist and anarcho-syndicalist couplet, economism/spontaneism, in a new Hegelian terminology. [...] Where Lenin had contrasted revolutionary Marxist science with spontaneous trade-unionism, Lukács juxtaposes a Weberian ‘ascribed class consciousness’ with non-consciousness trapped in the reified world of appearances.“ (Gareth Stedman Jones, *The Marxism of the Early Lukács: an Evaluation*, in: *New Left Review*, Iss. 70, Nov./Dec. 1971, 27 - 64 [24 f., 28] – Hv. i.O.)

„Trotz aller seiner Brandmarkungen des mechanistischen Marxismus der II. Internationale bleibt Lukács’ eigenes Modell fest in der Problematik [*] des Glaubens der II. Internationale an den endgültigen, zerstörerischen Zusammenbruch des Kapitalismus, der die sozialistische Revolution einleitet, – der Zusammenbruchstheorie – gefangen. Denn die Entstehung des wahren proletarischen [Klassen]Bewußtseins wird von Lukács mechanistisch an den Beginn einer großen ökonomischen Krise geknüpft. ‚Die aktive und praktische Seite des Klassenbewußtseins, seine wahre Essenz, kann nur dann in seiner authentischen Form sichtbar werden, wenn der historische Prozeß gebieterisch erfordert, daß sie wirksam wird, d.h.: wenn eine akute ökonomische Krise praktisch wird. Anderenfalls bleibt das wahre proletarische Bewußtsein theoretisch und latent, analog zum Verhältnis von latenter und permanenter Krise des Kapitalismus.‘ Hier besteht Lukács’

mit der Vorstellung, in der Krise sei der „Moment der Offenbarung am Werk, in dem das verborgene Wesen unmittelbar in die Erscheinung tritt, und die Wahrheiten“ den Lohnabhängigen „zufliegen wie die gebratenen Tauben im Schlaraffenland“³⁴. So heißt es in der NaO-/NAO-Bilanz der GAM:

„Sicherlich helfen weder eine relativ stabile Lage im deutschen Klassenkampf noch ein mangelndes Verständnis, wie denn die Vormachtstellung des Reformismus in der Klasse gebrochen werden kann, real bei einer Umgruppierung, die eine revolutionäre Organisation mit entsprechendem Programm und Praxis zum Ziel haben sollte.“
(<http://www.arbeitermacht.de/rm/rm48/naoendbetrachtung.htm> – meine Hv.)

Dem möchte ich entgegenhalten: Auch eine ‚nicht-stabile‘ Lage im Klassenkampf würde die Hervorbringung einer „revolutionären Organisation“ *nicht einfacher* machen. Sie würde allerdings vielleicht der Aufgabe eine größere Dringlichkeit verleihen, was ich gerne zugestehe. Aber, wie schon zu NaO-Prozeß-Zeiten immer wieder betont: Voluntarismus ist ein schlechter Ratgeber für einen ernsthaften („*Seriosität vor Tempo*“ [[„Na endlich“-Papier](#), S. 29]) Organisationsprozeß.

Statt sich dieser ernüchternden Einsicht zu stellen, schwanken die NaO-/NAO-Bilanz-Texte der GAM hin und her zwischen dem Beschwören einer „systemische[n], weltweite[n] Krise“ und der „relativ stabile[n] Lage im deutschen Klassenkampf“ als Entschuldigung für den NAO-Fehlschlag und zurück zur vermeintlichen „Erschütterung der bürgerlichen Herrschaft“:

„Trotz dieser sektoralen Mobilisierungsfähigkeit [der Anti-Krisenbewegung], trotz der **Erschütterung** der bürgerlichen Herrschaft und ihrer ideologischen Begründungen nach 2008 blieb der Einfluss der ‚radikalen Linken‘ jedoch politisch marginal.“
(<http://arbeitermacht.de/rm/rm48/naobilanz.htm> – meine Hv.)

Wo hat es denn eine „Erschütterung“ der bürgerlichen Herrschaft gegeben? Selbst für Griechenland 2015 scheint mir dieser Ausdruck vollkommen unangemessen zu sein. – Aber ab jetzt wird alles besser – so die hoffnungsfrohe Botschaft der GAM:

„Die Durchsetzung einer relativen Stabilisierung des deutschen Imperialismus, die erst **jetzt ihrem Ende** entgegengeht ...“
(<http://arbeitermacht.de/rm/rm48/naobilanz.htm> – meine Hv.)

Leistung [bloß] in einer Neuformulierung des alten luxemburgistischen und anarchosyndikalistischen Paars Ökonomismus/Spontaneismus in neuer hegelianischer Terminologie. Während Lenin revolutionäre marxistische Wissenschaft und spontanen Trade-Unionismus [Nur-Gewerkschaftertum] gegenüberstellte, setzt Lukács ein Weberianisches ‚zugeschriebenes Klassenbewußtsein‘ einer Bewußtlosigkeit, die in der verdinglichten Welt der Erscheinungen gefangen sei, entgegen.“

[*] „A word or concept cannot be considered in isolation; it only exists in the theoretical or ideological framework in which it is used: its problematic.“ (http://theoriealspraxis.blogspot.de/images/Glossar_AlthusserFM_BalibarHist_Dia.pdf, S. 7) / „Mehrere in einem übergeordneten kausalen Zusammenhang stehende Probleme können als *Problematik* bezeichnet werden.“ ([Wikipedia](#))

34 Vgl. – in anderem Kontext – Rolf Nemitz, *Ideologie als „notwendig falsches Bewußtsein“ bei Lukács und der Kritischen Theorie*, in: Projekt Ideologie-Theorie, *Theorien über Ideologie* (Argument-Sonderband AS 40), Argument: [West]berlin, 1979¹, 1986³, 39 - 60 (##).

Anhang 1: ad Dieter wegen Essential-Diskussion (mail von DGS_TaP vom 07.03.2013)

Lieber Dieter,

1. da Du versucht hast, Deine mail auch an die mailing-Liste der Essential-AG zu schicken, folgender technischer Hinweis:

Wenn Du an die mailing-Liste der Essential-AG schreiben möchtest, dann mußt Du die mail-Adresse zum Absenden verwenden, mit der Du bei der mailing-Liste registriert bist. – Werden mails von Adressen, die nicht registriert sind, geschickt, erhalte ich zwar Systemnachrichten, die aber leicht als Spam klassifiziert werden und dann untergehen. Außerdem macht mir das manuelle Freischalten von – von falschen mail-Adressen abgeschickten – mails unnötige Arbeit.

2. Du legst jetzt eine „Kritik am Konsensvorschlag von DGS, Sigmar, Georg und Tobi“ vor. Es gibt aber schon längst den neueren

-- „Gemeinsame[n] Vorschlag für die Ausformulierung der bis jetzt erreichten Essential-Konsense von Georg (RSB/SIB), Jens (IK), Oliver ([paeris]), Tobi (GAM), Sigma und DG (beide SIB)“,

der beim bundesweiten Treffen im Jan., bei dem die MI leider nicht anwesend war, vorlag, der aber auch über die bw_org-Liste verschickt wurde.

3. Deine Kritikpunkte lassen sich in zwei Gruppen aufteilen:

a) Der Entwurf ist Dir zu links – in Deinen Worten: „Hochstapelei“, „abstrakten Verbalradikalismus“ usw. Das ist eine politische Differenz, über die ernsthaft diskutiert werden kann. Ich frage mich allerdings, warum Du dann nicht bereits den – zu diesen Fragen im Protokoll der Sitzung der Essential-AG vom 16.12. festgestellten – Konsensen widersprochen hast.

b) Die andere Gruppen von Kritikpunkten besteht aus vollständig projektiven Lesarten des vorliegenden Textes, die weder etwas mit dem vorliegenden Text noch und mit meinen – und mich scheinst Du ja für den Text hauptverantwortlich zu machen – tatsächlichen Positionen etwas zu tun haben. Darüber ist m.E. KEINE Diskussion notwendig, aber ich behalte mir vor, diese Anwürfe bei Gelegenheit richtigzustellen.

4. Ich denke nicht, daß wir in der Essential-AG in Bezug auf den vorliegenden Text in einem Arbeitsstadium sind, in dem Kritik am vorliegenden Text ohne Alternativvorschläge für die Formulierung der kritisierten Stellen handhabbar ist.

Ich möchte Dich also bitten, entsprechende Formulierungsvorschläge vorzulegen. Vielleicht können diesen ja alle in der Essential-AG problemlos zustimmen. Denn die Auffassungen, die Du aus verschiedenen Stellen des vorliegenden Textes herausliest hat – wie gesagt – keineR in der Essential-AG je vertreten.

Beste Grüße

dg

Editorischer Hinweis:

Dieter hatte auf diese mail nicht geantwortet; insbesondere legten weder er persönlich noch die MI als ganzes konkrete Änderungsvorschläge zu dem Essential-Entwurf vor.

Anhang 2:

Gewißheitsbekundungen und Eigenlob der GAM

1. Die GAM über die von ihrer Mehrheit in der NAO (Berlin) durchgesetzten Auflösungserklärung:

„Das Projekt ‚Neue Antikapitalistische Organisation‘ (NaO) ist nach gut fünf Jahren gescheitert. Das stellt sie selbst [*sic!*, TaP] in ihrer Auflösungserklärung fest, [...]. Knapp und korrekt wird darin benannt, woran dieser Versuch gescheitert ist“

2. Wir, die NAO, haben es an den entscheidenden Punkten richtig gemacht:

„Die NaO hatte aber richtigerweise den Schritt vollzogen, nicht nur ein Manifest zu erarbeiten, sondern in Berlin auch eine NaO-Gruppe mit individueller Mitgliedschaft und politischer Praxis nach außen zu etablieren.“

3. Geopolitische Parteiergreifung in nationalistischen Konflikten als „wichtigen Fragen des Klassenkampf“ und mit das ‚Beste, was die deutsche Linke tun kann‘

„die NaO [war] von diesem Moment an gezwungen, die Phase der Reißbrettdebatten zu beenden und sich den unmittelbar aufkommenden Fragen des Klassenkampfes zu stellen, was bereits wenige Wochen nach der Gründung geschah. [...] sie [hat] zu wichtigen Fragen des Klassenkampfes programmatische Positionen entwickelt [...]. In der Ukraine fanden sich die Mitgliedsorganisationen sinnbildlich auf zwei unterschiedlichen Barrikaden wieder. [...]. Im Sommer 2014 beteiligte sich die NaO an den Mobilisierungen gegen die Bode-noffensive des israelischen Apartheidregimes in Palästina. [...]. Zu Lebzeiten der NaO wurden zweimal die Internationalismustage veranstaltet.“

„Unter dem Titel ‚*Solidarität mit den ArbeiterInnen und Linken in der Ukraine!*‘ veröffentlichte die Berliner NaO eine“ – von GAM/Revolution-Mehrheit in dieser durchgesetzte (!) – „ausführliche Stellungnahme zur Ukraine. Diese hatte einen revolutionären Gehalt und gehört zu den besten Texten, die die deutsche Linke zur dieser Frage publiziert hat.“

4. Schlußsatz:

„und wir werden in zukünftigen weiteren Umgruppierungsprozessen mit derselben Methode agieren.“

alle Zitate aus:

<http://arbeitermacht.de/rm/rm48/naobilanz.htm>